



mericis

Mercator Institute for China Studies

China-Schock mit Verzögerung:

Was Chinas weltwirtschaftlicher Aufstieg mit politischem Populismus in westlichen Gesellschaften zu tun hat

Von Sebastian Heilmann

DER SONNTAGSÖKONOM



Was der wirtschaftliche Aufstieg Chinas mit dem Populismus in der westlichen Gesellschaft zu tun hat

Von Sebastian Heilmann

Im Februar gingen Stahlarbeiter aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in Brüssel gegen die Billigkonkurrenz aus China auf die Straße. Sind Chinas langjährige Exporterfolge etwa ursächlich für die politische Polarisierung und die Wahlerfolge von Populisten in westlichen Gesellschaften? Diese These ist nicht so weit hergeholt, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Chinas rapider Aufstieg hat weltweit strukturelle Veränderungen in der industriellen Beschäftigung und damit auch in großen Wählergruppen hervorgerufen. Die politischen Gegenreaktionen auf diesen Strukturwandel werden destabilisierend auf einer fast etabliert erscheinende politische Verhältnisse. Dies ist in Amerika und in europäischen Ländern zu beobachten.

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, in der Brexit-Debatte und auch in der deutschen Politik spielen Globalisierungsängste eine zentrale Rolle. Jenseits von schlichtem Populismus stellt sich die Frage: Welche politischen Konsequenzen ziehen „Import-Schocks“ und „Deindustrialisierung“ nach sich, die sich mit Chinas Integration in die globale industrielle Arbeitsteilung in vielen Gesellschaften beschleunigen?

Vertiefte Handelsintegration führt einerseits zu stärkerem Wettbewerbs- und Innovationsdruck, neuen Export- und Wachstumschancen sowie zu niedrigeren Konsumentenpreisen, andererseits aber regelmäßig auch zu Verlusten oder Verlagerungen von Arbeitsplätzen. Aktuelle Studien belegen die weitreichenden Auswirkungen von Chinas Integration in globale Wirtschaftsketten und den damit einhergehenden Druck auf industrielle Beschäftigung. Für Amerika und die Schließung und Verlagerung von Produktionsstätten aufgrund des Wettbewerbs mit China inzwischen gut dokumentiert. Arbeitsplatz- und Einkommensverluste treffen nicht nur

dem Ertrakt nationalpolitischer Parteien auseinander. Deutschland Regierungspartei wie bis 2015 wie eine Zeit der Stabilität im Vergleich zu den demokratischen und politisch zunehmend polarisierten Gesellschaften wie etwa in Amerika oder Großbritannien.

(Dieser Artikel erschien in leicht veränderter Fassung am 25. September 2016 in der Rubrik „Sonntagsökonom“ der Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung.)

Im Februar gingen Stahlarbeiter aus Deutschland und anderen europäischen Ländern in Brüssel gegen die Billigkonkurrenz aus China auf die Straße. Sind Chinas langjährige Exporterfolge etwa ursächlich für die politische Polarisierung und die Wahlerfolge von Populisten in westlichen Gesellschaften? Diese These ist nicht so weit hergeholt, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Chinas rapider Aufstieg hat weltweit strukturelle Veränderungen in der industriellen Beschäftigung und damit auch in großen Wählergruppen hervorgerufen. Die politischen Gegenreaktionen auf diesen Strukturwandel wiederum wirken destabilisierend auf zuvor fest etabliert erscheinende politische Akteure und Kräfteverhältnisse. Dies ist in den USA und in vielen europäischen Ländern zu beobachten.

Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf, in der Brexit-Debatte und auch in politischen Auseinandersetzungen in Deutschland spielen Globalisierungsängste eine zentrale Rolle. Jenseits von schlichtem Populismus stellt sich die Frage: Welche politischen Konsequenzen ziehen „Import-Schocks“ und „Deindustrialisierung“ nach sich, die sich mit Chinas Integration in die globale industrielle Arbeitsteilung in vielen Gesellschaften beschleunigen?

Vertiefte Handelsintegration führt einerseits zu stärkerem Wettbewerbs- und Innovationsdruck, neuen Export- und Wachstumschancen sowie zu niedrigeren Konsumentenpreisen, andererseits aber regelmäßig auch zu Verlusten oder Verlagerungen von Arbeitsplätzen. Aktuelle Studien belegen die weitreichenden Auswirkungen von Chinas Integration in globale Wertschöpfungsketten und den damit einhergehenden Druck auf industrielle Beschäftigung. Für die USA sind die Schließung und Verlagerung von Produktionsstätten aufgrund des Wettbewerbs mit China inzwischen gut dokumentiert. Arbeitsplatz- und Einkommensverluste treffen nicht nur

einzelne Arbeitskräfte und Fabriken, sondern oft große Industriestandorte gleichsam als kollektives Trauma.

Neben den ökonomischen und sozialen Auswirkungen nehmen neuere Analysen nun auch die politischen Folgen der chinesischen Export-Expansion und des damit verbundenen Import-Schocks in traditionellen Industriestandorten in den Blick. Pionierarbeiten kommen von dem Arbeitsmarktforscher David Autor am MIT. Eine von ihm angeführte Forschungsgruppe untersucht politische Konsequenzen des „China-Schocks“ in den USA. Im Zeitraum von 2000 bis 2010 stieg der Anteil Chinas an den weltweiten Exporten industrieller Fertigwaren von unter fünf auf mehr als 15 Prozent. Der starke Anstieg von Importen aus China ging in markanter Weise mit politischer und ideologischer Polarisierung in den Kongresswahlen seit 2002 einher. Je mehr die örtlichen Industriestandorte dem Wettbewerb mit chinesischen Importen ausgesetzt waren, desto mehr Wähler entschieden sich dort für Kandidaten, die harte, einfache Maßnahmen zur Abhilfe versprachen und sich explizit gegen das politische Establishment richteten, dem ein „Ausverkauf“ an China und Mexiko vorgeworfen wurde.

Die beiden Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Italo Colantone und Perio Stanig von der Universität Mailand belegen ähnliche politische Auswirkungen in Regionalwahlen in Westeuropa: Wo lokale Produzenten und Arbeiterschaft stark vom Wettbewerb mit chinesischen Importen betroffen waren, wählten Wähler vermehrt Parteien, die für eine nationalistische und protektionistische Politik eintraten. Nicht nur der Front National in Frankreich und die Lega Nord in Italien profitierten von dieser Konstellation. Auch die in Großbritannien je nach Regionen sehr unterschiedliche Stärke der Brexit-Befürworter lässt sich mit jahrelangen Verlusten an industrieller Beschäftigung besser erklären als etwa durch die Zahl von ausländischen Zuwanderern vor Ort.

Wie sieht es in Deutschland aus? Die Studie eines Forscherteams um den Wirtschaftswissenschaftler Christian Dippel untersucht vergleichbare Beschäftigungseffekte des „China-Schocks“ auf der Ebene von Landkreisen. Seit den 1990er Jahren führten globale Handelsintegration und Standortwettbewerb zu Beschäftigungsverlusten in einigen traditionellen deutschen Industrien. Viele Low- und Mid-Tech-Industrien wurden nach Osteuropa oder China verlagert. Tatsächlich korrelieren die Wahlerfolge von Parteien wie der NPD, DVU und den Republikanern mit den Auswirkungen der veränderten globalen Arbeitsteilung auf Beschäftigung und Wählerschaft vor Ort. Rechts- und nationalpopulistische Parteien ziehen Wähler an, die sich selbst als Globalisierungsverlierer verstehen.

Die konkreten Ausprägungen der Handelsverflechtung und industriellen Konkurrenz bzw. Arbeitsteilung zwischen Deutschland und China sind jedoch im internationalen Vergleich ein markanter Sonderfall. Schließungen traditioneller Industrien in Deutschland wurden durch die Entstehung neuer Arbeitsplätze in kompetitiven Exportindustrien vielfach ausgeglichen. Hohe Anpassungsleistungen in der Industrie und anhaltende Erfolge im Export konnten die wachsende Importkonkurrenz abfedern. Auch deshalb mussten sich die etablierten Parteien in Deutschland lange Zeit nicht mit dem Erstarken nationalpopulistischer Parteien auseinandersetzen. Deutschlands Regierungssystem wirkte bis 2015 wie eine Insel der Stabilität im Vergleich zu deindustrialisierten und politisch zunehmend polarisierten Gesellschaften – wie etwa den USA oder Großbritannien.

Was Chinas Rolle angeht, so profitierte die deutsche Industrie ganz besonders von der chinesischen Nachfrage nach hochwertigen Investitionsgütern (Maschinenbau) und Statussymbolen (Premiumautomobile). Beständig vertiefte Handels- und Investitionsverflechtungen mit China sind im Falle Deutschlands deshalb nicht der entscheidende Faktor für politische Polarisierungen in der Wählerschaft und die sprunghafte Stärkung nationalpopulistischer Parteien seit dem vergangenen Jahr. Die aktuelle Mobilisierung gegen die etablierten Parteien wird vielmehr von Befürchtungen um Eurokrise, Flüchtlingspolitik und innere Sicherheit angetrieben. Nicht ein „China-Schock“, sondern die Mobilisierung gegen konkrete Entscheidungen und Maßnahmen der Regierungsparteien verleiht den Nationalpopulisten Aufschwung. Deren Positionen finden Unterstützung bis tief in die bürgerliche Mittelschicht hinein, die sich mit einigem Recht zu den Globalisierungsgewinnern zählen könnte und – zumindest bislang – nicht unter chinesischer Konkurrenz zu leiden hatte. Im Wahlkampf in den USA führen beide Präsidentschaftskandidaten die Schuld für den Abstieg der amerikanischen Industrie in sehr schlichter Weise auf unfaire chinesische Konkurrenz zurück. In Deutschland sind wir von solchen Verhältnissen noch entfernt – solange unsere globalisierte Industrie auf offenen Märkten wettbewerbsfähig bleibt und weiterhin für Beschäftigung und Einkommen sorgen kann.

Sebastian Heilmann

Der Autor ist Direktor des Mercator Instituts für China-Studien (MERICS) in Berlin und Professor für Politik und Wirtschaft Chinas an der Universität Trier.

Literatur:

- David Autor et al. (2016) „Importing Political Polarization? The electoral consequences of Rising Trade Exposure“, Working Paper (April 2016), <http://economics.mit.edu/files/11665>.
- Christian Dippel et al. (2015) “Globalization and Its (Dis-) Content: Trade Shocks and Voting Behavior“, NBER Working Paper No. 21812 (December 2015), <http://www.nber.org/papers/w21812>.
- Italo Colantone und Perio Stanig (2016) “The Trade Origins of Nationalist Protectionism: Import Competition and Voting Behavior in Western Europe“, Working Paper (July 2016), <https://drive.google.com/file/d/0B3Q0uNVpd9TfSGZ5VHBUcnAwSE0/preview>.